



Besetzung Barmer Viertel / Messeskandal Köln

MAUS - 5.4.2006 um 19:10

Da ich seit November mehr oder weniger bettlägrig war, und nun gerade n Monat zur Reha in der Pampa, ist die Besetzung des Barmer Viertels etwas an mir vorbeigegangen. Jedenfalls soll da mal wieder unsinniger Weise guter Wohnraum vernichtet werden. Die Besetzeraktion hat ungewöhnlich viel Presse bekommen, und gar nicht mal so schlechte. Für alle, die nähere Infos wünschen, häng ich mal ein paar Links zur Thematik an. Außerdem möchte ich noch darauf hinweisen, daß nächsten [B]Dienstag (11.04.) Inner Conflict und Versus im Barmer Viertel [B]spielen. Wer also nicht allzuweit von Köln entfernt wohnt, und Punkrock mag, der möge doch bitte erscheinen, und somit die Sache unterstützen. Hoffe ja mal, daß das Viertel bis dahin nicht platt gemacht worden ist.

<http://barmerviertel.ina-koeln.org/>

<http://germany.indymedia.org/2006/03/140528.shtml>

http://www.wasg-koeln.de/index.php?option=com_content&task=view&id=136&Itemid=1

<http://www.koelner-sozialforum.de/#Wohnungen>

<http://zope1.free.de/sofodo/sozialer-widerstand/lokale-buendnisse/mehrere-haeuser-im-abrissbedrohten-barmer-viertel-in-koeln-deutz-besetzt>

Jan - 5.4.2006 um 21:49

Find ich gut, was die Besetzer vollbracht haben. Ohne solche Leute würds drunter und drüber gehen, möchte man meist ja garnich meinen.. ☐

Danke für die Links Maus, waren sehr informativ.

... - 6.4.2006 um 01:43

Ja, die Geschichte, daß da Hochhäuser hin sollte, ist ja schon durch die Presse gegangen.

Insgesamt finde ich die Seiten aber ganz interessant.

Ich hab´so allmählich den Eindruck, daß es doch noch eine ganze Menge Menschen gibt, die noch in der Lage sind, sich für was einzusetzen.

Halt uns mal auf dem Laufenden, @MAUS, wie das da weitergeht.

Ich schätze mal nicht, daß wieder die alte Hausbesetzerzeiten aus den 80ern wieder aufleben, aber es gibt imo wieder mehr Menschen, die auch mal wieder Aktionen wählen statt Lethargie.

Mal ein bißchen Optimismus in der ganzen grauen Scheiße, die sonst so um uns herum passiert, kann ja nicht schaden.

MAUS - 6.4.2006 um 07:45

Der Hammer ist ja auch, daß die nun über dieses Kongresszentrum beraten, für das eigentlich gar kein Geld da ist, und gleichzeitig sollen wieder 2 Jugendzentren in Köln geschlossen werden. Man muß halt Prioritäten setzen, gelle.

Dreckspack! Aber die Quittung dieser Politik wird kommen.

Der 1. Link wird übrigens immer aktualisiert, da kann man also prima den weiteren Verlauf beobachten. Da kann man eigentlich nur hoffen, daß die sich noch möglichst lange darüber streiten, wer nun abreißt.

MAUS - 6.4.2006 um 15:39

Und hier nun noch aktuelle schlechte Nachrichten, die wohl eher nicht in SpiegelTV laufen werden.

Seit heute morgen um 6:15 wird das Wohn- und soziokulturelle Projekt Ex-Steffi in Karlsruhe geräumt...

<http://de.indymedia.org/2006/04/143459.shtml>

Die Leutchen haben leider kein Glück gehabt.

... - 7.4.2006 um 00:05

Vorteil von solchen Vorgehensweisen des Staates ist immer, daß diejenigen, die das jetzt mitgemacht haben und sich da wirklich rein gehangen haben und was aufgebaut haben dort für sich, normalerweise nie wieder in den Mainstream zurückfallen, der alles als gut und toll interpretiert, was vom Staat ausgeht.

das werden die in Erinnerung behalten und das sind dann die ganz wenigen, die sich später nicht anpassen werden. Die Erfahrung habe ich noch selber von Gorleben und der "Republik Freies Wendland".

MAUS - 7.4.2006 um 00:48

g stimmt, sowas prägt

MAUS - 11.4.2006 um 15:55

aktuell:

<http://de.indymedia.org/2006/04/143877.shtml>

Jan - 11.4.2006 um 19:35

Werds gleich mal nem Bekannten schicken, der studiert in Köln.. Dann hat der mal was zu tun und verbingt seine Freizeit sinnvoll.

MAUS - 12.4.2006 um 04:13

ich war da gestern für 2,- euro auf dem konzi, sehr schöner abend, rückentechnisch auch frisch vollgepumpt sehr sehr hart. die 1. band versus hat teilweise dudelsackverstärkung gehabt, sehr klasse. von dem gebäudetrackt selbst konnte ich nicht so viel erkennen, da ich nachtblind bin, und denen ja der strom abgestellt wurde. aber es ist echt ne schande, daß es abgerissen wird!

MAUS - 10.5.2006 um 03:08

<http://barmerviertel.ina-koeln.org/zdf.htm>

Da gibts den ZDF Länderspiegel-Beitrag vom 22.04.2006 zum Thema zu sehen. Außerdem wird die hauptseite aktualisiert.

... - 10.5.2006 um 04:25

Och, Mann, wenn man sowas sieht, dann möchte man da direkt hin.
Das sieht aus wie bei uns in den Achtzigern. Nur die Besetzer sind wohl alle etwas älter geworden.

MAUS - 9.6.2006 um 08:08

Tja, am 01.06. war es dann soweit, Räumung um 4.00 Uhr morgens.

<http://barmerviertel.ina-koeln.org/>

... - 10.6.2006 um 02:36

Haben aber eine ganz vernünftige Presse bekommen, aber werden die wirklich obdachlos dadurch?
Früher war das bei uns so, wenn die ein Haus geräumt haben, dann sind wir eben wieder nach Hause gegangen, waren zwar traurig, wenn das Gebäude dann abgerissen wurde, aber auch irgendwie froh, mal wieder in unserem eigenen Bett zu schlafen.

Das ist ja wirklich hart.

Und regieren jetzt die GRÜNEN da mit in Köln? Das wußte ich gar nicht. Scheint ja wirklich in den letzten zwanzig Jahren, nachdem ich da weg bin, der allerletzte Scheißladen auch auf kommunaler Ebene geworden zu sein. Auf Bundesebene wußte ich das ja, aber ich dachte, es hätten sich noch ein paar vernünftige Leute in den Kommunen dann eben gehalten, wohl selbst das nicht!!!

Wie geht's Dir überhaupt, @MAUS, warst ja lange nicht mehr hier!

MAUS - 12.6.2006 um 12:08

also teilweise leben die leute nun schon wieder auf der straße, aber das trifft natürlich nicht auf alle zu. ja die grünen in köln haben massiv nachgelassen, es gab durchaus zeiten, wo man die auf komunaler ebene noch wählen konnte, aber das ist nun zumindest für köln vorbei.

mir gehts soweit ganz ok, ist halt immer noch ein ständiges auf und ab, aber bin letzte woche noch von meiner krankengymnastin gelobt worden, daß sich meine bauchmuskulatur merklich verbessert hat. *g* es ist also zumindest etwas land in sicht. war so lang nicht hier, weil ich nen totalen motivationsschub hatte und basteln,... mußte, da bin ich zu nix anderem mehr gekommen. solche schübe muß man ausnutzen *g*. so langsam flacht das auch wieder ab, werd also wieder öfter hier vorbeischaun.

... - 13.6.2006 um 02:39

Also, ich hab'schon seit Jahren nicht mehr Grün gewählt, auch nicht auf kommunaler Ebene, aber ich kenne die Sausäcke hier bei uns ja auch zum Teil noch sehr gut persönlich. Da sind die vernünftigen, die früher mal mit mir die GRÜNEN gegründet haben hier, schon lange in 'ner Wählergemeinschaft, die ungefähr so arbeitet wie früher die Grünen.

Wieso denn Bauchmuskulatur? Wäre Rückenmuskulatur nicht besser bei Dir?

MAUS - 14.6.2006 um 14:59

Die Bauchmuskulatur ist genau so wichtig zur Abstützung, wie die Rückenmuskulatur, hängt halt alles zusammen. Beim Bauch sieht man die Erfolge allerdings besser *g*.

... - 15.6.2006 um 04:37

Ich trainiere meine Bauchmuskulatur nur durch genügend Fressen, das sieht man auch!

MAUS - 20.6.2006 um 08:12

Ah ok, Du warst schneller und sogar mit Datum, aber egal, hier noch mal:

17.06.2006

Protest während der Kölner WM-Spiele

WDR 2 - REGIONALNACHRICHTEN / Unter dem Motto "Zu Gast bei Obdachlosen" sind bei den kommenden WM-Spielen in Köln Kundgebungen in der Nähe des Stadions geplant. Die Demonstranten wollen damit dauerhafte Wohnungen für obdachlose Punker fordern, die während der Hausbesetzungen im mittlerweile geräumten Barmer Viertel gelebt hatten. Die Stadt hatte den Punkern nach der Räumung Wohnraum befristet zur Verfügung gestellt. Nach Polizeiangaben sind die Protestaktionen ordnungsgemäß angemeldet worden.

und der Aufruf zur anderen Demo (Quelle: http://www.nrhz.de/flyer/termine.php?service_menu=Termine):

Montag, 26.06.

Wir schießen zurück! Erwerbslose, raus aus dem Abseits

Große Demonstration gegen Armut

18 Uhr auf der Domplatte in Köln zum Achtelfinale der WM

Die deutschen Regierungen sind seit Jahren Motoren in Europa, die Massenentlassungen, Verarmung, Abbau sozialer Grundrechte und ArbeitnehmerInnenrechte zugunsten der Profitinteressen der europäischen Konzerne vorantreiben. Wir sehen explodierende Gewinne bei Unternehmen, die gleichzeitig den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen in ihren Bilanzen als Erfolg verzeichnen. Dagegen wehren wir uns!

- Ein gesetzlicher Mindestlohn von
- wenigstens 10 € pro Stunde!
- Ein ausreichendes, garantiertes bedingungsloses Grundeinkommen für alle, was die Teilhabe am gesellschaftlichen- und kulturellen Leben ermöglicht!
- Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich, statt Arbeitszeitverlängerung!
- Die sofortige Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-IV Gesetze!

- Keine Zwangsumzüge!
- Ein einheitliches und bedarfsdeckendes Gesundheits- und Sozialsystem!
- Einheitliche Sozialstandards auf hohem Niveau weltweit!
- Die sofortige Rücknahme aller Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer!
- Kostenloser Zugang zu Bildung, keine Studiengebühren, keine Eliteuniversitäten!
- Den sofortigen Stopp der geplanten Privatisierungen öffentlichen Eigentums und der Sozialversicherungssysteme sowie die Rücknahme bereits privatisierter Betriebe in die öffentliche Hand
- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen!
- Stopp aller Kriegsvorbereitungen nach innen und außen!

Ein Aufruf der Kölner Erwerbsloseninitiativen, der Kölner Montagsdemo, Projekt Neue Linke Aachen, des Erwerbslosen Forum Deutschland (Bonn), Kölner Erwerbsloseninitiativen Versammlung, Erwerbslosenrat Köln, Bundesverband der Arbeiterfotografie, Linkspartei PDS Bonn, Parteilose Wählergruppe Gelsenkirchen im Rahmen des bundesweiten dezentralen Aktionstages. Kommt bitte alle zahlreich, nur so können wir überhaupt etwas erreichen!!!

hopeless - 21.6.2006 um 00:01

kurze zwischenfrage: warum muss man sich unbedingt punker nennen, wenn es darauf ankommt an öffentlicher stelle was zu erreichen? dann können die berliner hunde sich auch gleich als scheißhaufen verkleiden.

HellRÆZØR - 21.6.2006 um 01:02

Zitat
Original von MAUS
Montag, 26.06.

Wir schießen zurück! Erwerbslose, raus aus dem Abseits
Große Demonstration gegen Armut
18 Uhr auf der Domplatte in Köln zum Achtelfinale der WM

Ich denke da bin ich dabei. Kommt sonst noch wer?

... - 21.6.2006 um 02:27

Ich muß noch mal gucken. Ist ja schon nächsten Montag. Müßte ich ein paar termine umbuchen, mal schauen, ob das klappt. Kann ich eventuell morgen schon was zu sagen!

MAUS - 27.6.2006 um 09:56

Zitat
Original von hopeless

kurze zwischenfrage: warum muss man sich unbedingt punker nennen, wenn es darauf ankommt an öffentlicher stelle was zu erreichen? dann können die berliner hunde sich auch gleich als scheißhaufen verkleiden.

und woraus schließt du, daß sich die leute selbst in dieser bildzeitungssprache betiteln, wenn es sich bei dem text um einen bericht über, und nicht von ihnen handelt? da ist ein haufen junger obdachloser nun mal schnell ein haufen "punker", wenn auch wer mit bunten haaren dabei ist. mal abgesehen davon, daß bunte haare und die schublade punk alles andere als hilfreich bei dem erreichen von was auch immer sind. *g* und was obdachlosigkeit grundsätzlich mit punk zu tun hat ist eh ne ganz andere frage ☐

@Yog-Sothoth und Arne

wart ihr da nun gestern? hab irgendwie gar nix mitbekommen von den demos, scheinen im wm-wahn nicht viel zulauf gehabt zu haben. bin aber auch noch nicht zum online-zeitung lesen gekommen, aber "zeugen"berichte könnten ja auch nicht schaden *g*

hopeless - 27.6.2006 um 12:44

oh, da hatte ich was falsch gelesen. steinigt mich.

... - 28.6.2006 um 02:44

Nä, ich war leider nicht da. Muß zur Zeit sparen.
Sorry!

HëllRÆZØR - 28.6.2006 um 15:58

Tut mir Leid, es hat sich für Dienstag kurzfristig ein Vorbesprechungstermin für mein kommendes Referat ergeben, und ich wollte da nicht unvorbereitet erscheinen...

MAUS - 16.10.2006 um 08:31

[B]Lokales

Köln droht tägliches Zwangsgeld von 126.720 Euro für Messehallenbau
Erste Proteste vor dem Rathaus
Von Peter Kleinert [/B]

Am Montag demonstrierte vor dem Kölner Rathaus die Initiative Barmer Viertel „Für den Rücktritt Schrammas und aller anderen Messesklaven“, wie auf einem Transparent zu lesen war. Die Kritiker des ohne Ausschreibung genehmigten Baus der neuen Messehallen fühlen sich inzwischen nicht nur vom Sprecher der zuständigen EU-Kommission, sondern auch von der Kölner Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer (DIE LINKE) und der Kölner Europaabgeordneten Ruth Hieronymi (CDU) bestätigt.

„Wir fordern den Rücktritt von OB Fritz Schramma“, heißt es auf den von der Initiative Barmer Viertel am Montagvormittag verteilten Flugblättern. „Wir wollen es aber auch den anderen Verantwortlichen nicht erlauben, sich vor ihrer Verantwortung zu drücken. Außerdem muss der Messeskandal II, nämlich der Abriss des Barmer Blocks, endlich aufgeklärt werden.“ Man sei zwar „überzeugt“, so die IBV an Schramma gerichtet, „dass mit Ihnen in der Messeaffäre ein übles Spiel getrieben worden ist, genauso wie bei Erwerb und Abbruch des Barmer Blocks. Da Sie aber als Oberbürgermeister die politische und rechtliche Verantwortung in unserer Stadt tragen, fordern wir Sie auf: Übernehmen Sie die Verantwortung für diesen einmaligen Skandal und treten Sie zurück! Wir sind uns natürlich darüber im klaren, dass vor Ihnen als erster Messechef Witt gehen sollte. Denn er hat den ganzen Messedeal angezettelt.“

Von den Kölner Ratsmitgliedern und denen des Aufsichtsrats der KölnMesse, „die diesem rechtswidrigen Beschluss zugestimmt haben“, forderten die Demonstranten, „ihre persönliche Verantwortung zu übernehmen und ebenfalls zurückzutreten und den Weg freizumachen für einen NEUANFANG... Wir erwarten von Ihnen allen..., dass sie für das Strafgeld der EU von 130 000 Euro täglich aufkommen, welches jetzt auf die Stadt zukommt, um uns Bürgerinnen und Bürger vor den Folgen Ihres rechtswidrigen Handelns zu schützen und der Stadt ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zu bewahren.“

In einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung wollte die Kölner Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer wissen, wie diese sich zur Rüge der EU-Kommission verhalten werde, deren Veröffentlichung am Donnerstag erwartet wird. Antwort des CSU-Staatssekretärs Joachim Würmeling aus dem Wirtschaftsministerium: Man teile im großen und ganzen die Rechtsauffassung des Kölner Oberbürgermeisters, nach der ein Verstoß gegen EU-Gemeinschaftsrecht nicht vorliege, weil die KölnMesse kein öffentlicher Auftraggeber im Sinne des EU-Vergaberechts sei. Dazu Ulla Lötzer: „Ich bin verblüfft, dass die Bundesregierung ohne vorherige Rücksprache mit der EU einfach den Standpunkt des Kölner Oberbürgermeisters teilt. Würmeling zieht sich kurzerhand hinter Zivilrecht zurück und verweigert dem Bundestag sein umfassendes Informationsrecht. Das aber wird meine Fraktion konsequent einfordern und auf Bundesebene die Aufklärung des Messegeschäftes parlamentarisch begleiten.“

Doch Würmelings und Schrammas Auffassung wird nicht nur von Links-Partei-Mitglied Ulla Lötzer infrage gestellt. Auch die Kölner CDU-Europaabgeordnete Ruth Hieronymi hat inzwischen laut Kölner Stadt-Anzeiger vom Dienstag erklärt: „Ich erwarte, dass es Kritik an dem Verfahren geben wird.“ Ihrer Ansicht nach werde die EU-Kommission am Donnerstag den Verzicht der Stadt Köln auf eine Ausschreibung als rechtswidrig rügen. „Ob das Konsequenzen haben wird und welche, das lässt sich heute überhaupt nicht absehen“, so Ruth Hieronymi.

„Konsequenzen“ hat es in einem ähnlichen Fall in Braunschweig, den dessen Oberbürgermeister am Ende als „Schreckensszenario“ bezeichnete, bereits gegeben. Seine Stadt wurde - aufgrund einer Rüge der EU-Kommission wegen eines ohne Ausschreibung erfolgten Müllentsorgungsvertrags - im Jahr 2003 schließlich durch Urteil des

Europäischen Gerichtshofs dazu gezwungen, den Vertrag wieder aufzulösen. Anderenfalls hätte die Bundesregierung für die 30 Jahre Laufzeit des Vertrages täglich 126.720 Euro Strafgeld zahlen müssen, die sie sich von Braunschweig hätte wieder holen können. Die gleiche Laufzeit hat auch der Vertrag mit dem Oppenheim-Esch-Fonds für die Messehallen.

Quelle: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10221>

[B]Lokales

EU-Kommission entscheidet Donnerstag über Köln-Messe-Skandal

Wer zahlt die Oppenheim-Esch-Zeche?

Von Peter Kleinert und Fred Schierlinge [B]

Am Donnerstag will die EU-Kommission entscheiden, ob die unterbliebene europaweite Ausschreibung vor dem Bau der vier neuen Kölner Messehallen rechtens war, oder ob der EU-Gerichtshof sich mit einem Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht befassen muss. Sollte ein Verstoß festgestellt werden, könnten bislang unabsehbare finanzielle Belastungen auf die Stadt Köln zu kommen.

Erklärt die EU-Kommission am Donnerstag tatsächlich die Messe-Hallen-Verträge für rechtswidrig, sollten Oberbürgermeister Fritz Schramma und Stadtkämmerer Peter-Michael Soénius anstandshalber ihre Posten räumen und politische Verantwortung übernehmen. Schramma als Chef der Stadtverwaltung und der ihm unterstellte Soénius, der 2003, damals noch Rechtsdezernent der Stadt, ein Ausschreibungsverfahren für überflüssig erklärt hatte, das die Stadt entweder zig-Millionen EU-Strafgeld kosten könnte, oder am Ende hunderte Millionen Entschädigung für den Oppenheim-Esch-Fonds, wenn dessen auf zwischen 600 und 750 Millionen geschätzte Mietverträge mit der Stadt wieder aufgelöst werden (müssen). Soénius könnte weich fallen, er müsste nur einen neuen Platz beim Oppenheim-Esch-Fonds finden - wie der frühere Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier, der das ja im Zusammenhang mit dem Köln-Arena-Skandal im "fliegenden Wechsel" auch geschafft hat. Ob das Troisdorfer Konsortium rund um Josef Esch Verwendung für den gelernten Lateinlehrer Schramma hätte, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen Verdachts der Untreue ermittelt, ist eher schwer vorstellbar.

Was aber wird aus Ex-Regierungspräsident Jürgen Roters (SPD) und dessen Nachfolger Hans Peter Lindlar von der CDU, die ja die "Aufsicht" über Verträge wie den mit Oppenheim-Esch hatten? Eigentlich sollte Roters - spätestens nach der nächsten Kommunalwahl - Schramma ablösen. Was wird aus den Ratsmitgliedern von CDU, SPD und Grünen im Messe-Aufsichtsrat, die dem Vertrag zugestimmt haben? Alle - wie Ruschmeier - zu Oppenheim-Esch?

Ob die Verantwortlichen an ihren Posten kleben bleiben oder sonstwo auf ihre Kosten kommen, bleibt interessant; dramatisch hingegen ist die Frage, wer dafür zu zahlen hat. Denn zahlen werden - wenn die Kommission den Verstoß gegen EU-Recht bescheinigt und Wiedergutmachung durchsetzt - die Köln-Messe-Zeche am Ende jedenfalls die Steuerzahler der schon jetzt hoch verschuldeten Stadt. Vor allem die, zu deren Nachteil dann noch mehr in Schulen, Kindergärten, Kultur- und Sozialeinrichtungen gespart werden muss.

Das wird nicht überall so gesehen, denn in Neven DuMonts Kölnischer Rundschau versuchte Redakteur Stefan Sommer am Freitag zu beruhigen: "Die neuen Messehallen sind schon heute ein Erfolg. Damit ist dann immerhin bewiesen, dass sich das schnelle Handeln ohne großen Wettbewerb für die Stadt gelohnt hat." Ähnliches hatte OB Schramma schon im August 2005 zu MONITOR gesagt: "Die Stadt ist bestens bedient worden. Sie kriegt eine hervorragende neue Halle, sie kriegt die Ansiedlung von RTL. Ich weiß gar nicht, wo der Grund zu meckern ist."

Die beklagte Politikverdrossenheit und die Wählerwanderungen zu Gruppierungen mit einfach gestrickten Parolen im rechtsextremen Milieu bekommen so neue Nahrung. Das wird auch der vom Verfassungsschutz als „rechtsextrem“ eingestufte Verein „pro Köln“ in der kommenden Ratssitzung ausgiebig nutzen. Die demokratischen Kräfte - mit Ausnahme der Fraktion Die Linke.Köln - dürften auch dieses Feld den Rechten überlassen und eine eigene Frage nach politischen Konsequenzen nicht aufwerfen - und spätestens nach den Kommunalwahlen 2009 Haare raufend den Stimmenzuwachs rechtsaußen zu erklären versuchen.

In die Messe-Hallen dürften Alfred Neven DuMont und seine Familie nicht mehr investiert haben. Vielleicht war ein finanzielles Engagement in diesem Fonds zu brenzlich, weil ein Jahr vor der ausschreibungsfreien Auftragsvergabe an den Oppenheim-Esch-Fonds das Buch COLONIA CORRUPTA von Werner Rügemer erschienen war. Rügemer legte in seinem „Klüngel-Standardwerk“ dar, dass Ehrenbürger Alfred Neven DuMont im Rahmen der Oppenheim-Esch-Holding als Kommanditist in den geschlossenen Immobilienfonds Köln-Arena/Rathaus investiert hatte. Rügemers Recherche blieb seit 2002 unwidersprochen, genau wie das nach Rügemers Recherchen auch für Christian Schütte-DuMont, Alfreds Sohn, den in die Familie eingeheirateten Dieter Schütte und eine Reihe anderer steinreicher Kölner gilt. Und weil die DuMonts diesmal nicht verwickelt sind, konnten sich am Freitag auch Nevens Redakteure Andreas Damm und Detlef Schmalenberg brüsten: "In der Vergangenheit hat der "Kölner Stadt-Anzeiger" immer wieder auf Merkwürdigkeiten beim

Bau der Hallen hingewiesen", wobei sie allerdings darauf verzichteten, die Namen der WDR-Kollegen zu nennen, die den Skandal losgetreten hatten.

Dass die DuMont-Kollegen - im Gegensatz zu Müllverbrennungsanlage, Köln-Arena und anderen Kölner Korruptionsskandalen - nun auch mal aufklärend "mit von der Partie" sein dürfen, hat ja sein Gutes. So könnte sich am Ende tatsächlich die Forderung unseres Lesers F.R.T. Clemens "Treten Sie zurück Herr Schramma!" erfüllen, die er am 31. Januar in NRhZ 29 gestellt hat. Die Demonstranten am Montag vor dem Rathaus waren ja auch dieser Meinung.

Quelle: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10239>

... - 17.10.2006 um 02:37

Was ist überhaupt diese neue rheinzeitung?
Scheinen ja ganz interessante Artikel drin zu sein!

MAUS - 17.10.2006 um 10:47

Jep, finde ich auch, auf die bin ich aber auch nur zufällig mal gestoßen, als reale Papierzeitung ist mir die noch nicht begegnet, aber ok, ich guck auch gar nicht mehr nach Zeitungen, da die ja eigentlich eh alle auch ne Internetseite haben.

... - 18.10.2006 um 03:58

Ich hol´mir auch nur noch drei Zeitungen, weil ich was zum Lesen brauche, wenn ich Zug fahre (zur Arbeit z.B.):
Das sind:
Titanic
Konkret
Jungle world.

Mehr schaff´ich eh nicht zu lesen.

MAUS - 25.10.2006 um 11:50

Aktuelle Meldungen, die Sie in den übl(ich)en Medien eher nicht finden
NRhZ-Online - Neue Rheinische Zeitung

[B]LINKS-Fraktion fordert im Kölner Rat Untersuchungskommission [/B]

Köln (NRhZ, 25.10.) In einer von der LINKS-Fraktion geforderten Aktuellen Stunde zur Messe-Affäre wurde OB Schramma gestern im Stadtrat von Sprechern der Linken scharf kritisiert. Jörg Detjen, warf Schramma vor, Hinweise auf eine notwendige „europaweite Ausschreibung zielstrebig missachtet“ zu haben“. Claus Ludwig erklärte, Schramma wolle das Problem „auf Kohl´sche Art aussitzen“ und forderte erneut, dass man die Hauptprofiteure des Messe-Deals zur Kasse bitten müsse, die Überführung der Messehallen in öffentliches Eigentum und die sofortige rückhaltlose Offenlegung sämtlicher Vertragswerke, Dokumente und Gutachten. Der Ratsmehrheit warf Ludwig vor, dass er an einer tatsächlichen Aufklärung nicht interessiert sei, da er selbst beteiligt war, und rief nach einer öffentlichen ratsexternen Untersuchungskommission. Reaktion des CDU-Fraktionschefs Winrich Granitzka: „Reden Sie uns diese Stadt nicht schlecht!“ Der Messebau sei ein „Riesengewinn für diese Stadt“.

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

MAUS - 13.11.2006 um 14:45

[B]„Gefälligkeitsgutachten zum Messe-Bau-Skandal“[/B]

Köln (NRhZ/ggs/DL, 9.11.) Ein „Gefälligkeitsgutachten“ nennt das Kölner Ratsmitglied Claus Ludwig von Gemeinsam gegen Sozialraub das so genannte "Wirtschaftlichkeitsgutachten", durch das Stadtrat und Oberbürgermeister nach Ansicht des Kölner Regierungspräsidenten und des NRW-Innenministeriums von Vorwürfen im Zusammenhang mit dem Messebau-Skandal entlastet werden. In einer Pressekonferenz, an der neben Ludwig auch der Publizist Werner Rügemer („Colonia Corrupta“) und Hans-Jürgen Kleine von der Initiative "BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch"

teilnehmen, soll vor der am Montag stattfindenden Finanzausschuss-Sitzung, bei der das Thema des Rückkaufrechtes und die Rolle der Sparkasse erneut behandelt werden, die Öffentlichkeit informiert werden. Die LINKS-Fraktion hat zu dem Gutachten für die Ratssitzung am Dienstag eine Anfrage eingereicht

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

MAUS - 15.11.2006 um 12:39

[B]"Schramma und sein Kämmerer hintergehen den Rat" [/B]

Köln (NRhZ, 14.11.) „Der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer hintergehen den Rat von Anfang an und verstoßen gegen den Beschluss des Finanzausschusses, ein unabhängiges Wirtschaftsberatungsunternehmen einzuschalten“, erklärt der Vorsitzende der Fraktion Die Linke.Köln, Jörg Detjen, zu dem Gutachten über den Messehallen-Bauskandal. Als Gutachter für die vom Rat gewählte Finanzierung durch den Oppenheim-Esch-Fonds ist nämlich nicht ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer bestellt worden, sondern eine Firma, die seit längerem im Dienst der Stadt steht und dabei u.a. die Bilanzen des „Veranstaltungszentrums Köln“ geprüft hat. Dieses wiederum hat die vier neu gebauten Messehallen vom Esch-Fonds gemietet und ist somit an dem Messeskandal direkt beteiligt. Nach Detjens Darstellung "verschleiert das vorliegende Wirtschaftsgutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bachem Fervers Janssen Mehrhoff eine vergleichende Darstellung der zukünftigen Kosten für die Erstellung und Zurverfügungstellung der Messehallen durch den Oppenheim-Esch-Fonds mit den Kosten der Eigendurchführung“. Dieser neue Skandal dürfte die heutige Ratssitzung noch spannender als ohnehin erwartet machen.

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

MAUS - 16.11.2006 um 14:49

Lokales

[B]Messebau-Skandal und umstrittenes Gutachten im Kölner Stadtrat
Jetzt Bürgerbegehren?[/B]

Von Hans-Detlev von Kirchbach und Thomas Mertens

Die Ankündigung eines öffentlichen Untersuchungsausschusses zum Messebau-Skandal und eines "Gegengutachtens der Kölner Bürger" in Form eines Bürgerbegehrens zum Messebau-Skandal durch GgS-Ratsmitglied Claus Ludwig von der LINKS-Fraktion, scheint OB Fritz Schramma heftig getroffen zu haben. Jedenfalls verließ er am Dienstagabend gegen 19.30 Uhr vorzeitig die Ratssitzung - "wegen einer Erkältung", wie er mitteilte. Das von der LINKEN auf die Tagesordnung gebrachte umstrittene offizielle Messe-Gutachten, das Schramma zuvor nachdrücklich verteidigt hatte, hat auch nach Meinung von Jörg Frank von den Grünen die Messe-Problematik "dramatisch zugespitzt".

In den Online-Schlagzeilen des Kölner Stadt-Anzeiger aus dem über KölnArena-Rathaus-Anteile als Kommanditisten mit dem Oppenheim-Esch-Fonds verbandelten Hause Neven DuMont fand man zu diesem Tagesordnungspunkt der Ratssitzung am Mittwoch nichts. Die widmete der Verlag lieber dem verstorbenen ehemaligen Kölner OB John van Nes Ziegler, der "für Köln Großes erreicht" habe, und dem deshalb in der Ratsitzung "eine Trauerminute" gewidmet worden sei. Auch Neven DuMonts Kölnische Rundschau tat in ihrem Bericht so, als hätte es einen Aufklärungsversuch der Linksfraktion wegen des Messe-Gutachtens im Rat nicht gegeben.

Fünf konkrete Fragen zum Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bachem Fervers Janssen Mehrhoff hatte die Linksfraktion in der Woche zuvor schriftlich zur Ratssitzung eingereicht. Obwohl die Gutachter selbst inzwischen verdächtigt werden, keineswegs "unabhängig" zu sein, wie die NRhZ bereits meldete, wurde keine schriftliche Antwort vorgelegt. Stattdessen hielt Kämmerer Soénus ein halbstündiges Grundsatzreferat über die "Vorteile" des Messe-Geschäfts für die Stadt: Oppenheim-Esch habe das günstigste Angebot unterbreitet, "und wir als öffentliche Hand müssen immer das günstigste Angebot nehmen, und das tun wir auch." Als Ergebnis des Oppenheim-Modells "bekommen wir die modernste Messe Kölns", hieß es auch aus der CDU-Fraktion.

Die Linksfraktion, so Soénus, wolle gar keine Aufklärung, sondern würde aus politischem Eigeninteresse das Thema am Kochen halten. Die fünf eingereichten Fragen selbst wurden von ihm nur kurz abgehandelt, häufig, indem der in der Frage formulierte Sachverhalt einfach wiederholt wurde. Als Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender der Linken, Soénus vorwarf, dass die zentralen Fragen zum Messe-Skandal, etwa des Vergabemodus, der Miethöhe und der Risiken für die Öffentlichkeit, völlig ausgeblendet blieben, und sich darüber beschwerte, wurde ihm von Bürgermeister Müller der Ton abgedreht.

Die Unabhängigkeit des gutachtenden Wirtschaftsprüfungsunternehmens BFJM scheint jedoch nicht nur der Linken und dem Kölner Bürger Bündnis zweifelhaft, sondern auch SPD und Grünen. Insbesondere, weil die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft schon mehrfach im Dienste der Stadt Köln gestanden und unter anderem den Jahresbericht des städtischen Veranstaltungszentrums bewertet hatte, sahen die Kritiker einen Widerspruch zur Ratsvorlage an den Finanzausschuss vom 28. 3. 2006. Diese hatte als Voraussetzung für ein Gutachten ausdrücklich benannt, dass die Gutachter "unabhängig" sein müssten und in die Messevorgänge "nicht involviert" sein dürften.

Abgelehnt wurde in der Ratssitzung nach diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag des von ehemaligen SPD-Mitgliedern gegründeten Bürger Bündnisses. Angesichts möglicher Strafgeelder in Höhe von täglich 130.000 Euro für die Stadt Köln im Zusammenhang mit der EU-Kommissions-Rüge zum Messehallenbau vom vergangenen Monat hatten deren Ratsmitglieder ein "Vergleichsangebot im Messehallenstreit mit der EU" gefordert.

Claus Ludwig von Gemeinsam gegen Sozialraub (GgS) zeigte sich nach der Ratssitzung so zuversichtlich wie in einer Pressekonferenz der GgS am Montag: "Die Ratssitzung zeigt: die Linksfraktion ist auf dem richtigen Weg. Auf Ratsebene werden wir jetzt verstärkt auf Prüfung der Messe-Affäre durch das Rechnungsprüfungsamt drängen." GgS werde das Thema aber auch auf außerparlamentarischer Ebene vorantreiben. "Die Resonanz auf unsere Informationsstände, bei denen wir Unterschriften für die Rückabwicklung des Geschäftes ohne Entschädigung für den Oppenheim-Esch-Fonds sammeln, ist gut. Das Thema scheint kompliziert, aber mehr und mehr Leute auf der Straße verstehen, dass es bei den Messehallen wie zuvor schon bei KölnArena-Rathaus um Umverteilung zugunsten reicher Investoren geht. Wir haben die ersten Schritte unternommen, um einen öffentlichen Untersuchungsausschuss und ein eigenes Gutachten vorzubereiten."

Diese grundsätzliche Zielsetzung einer "radikalen Demokratisierung und Transparenz auf allen Ebenen" sei politisch wichtiger als vordergründige Personalforderungen. Zwar seien "die Herren Schramma und Soénus" in ihren Ämtern nicht mehr haltbar, man wolle sich aber nicht vorrangig auf die personelle Ebene, sondern auf die Veränderung der politischen Strukturen in Köln konzentrieren. Dazu gehöre auch, "dass Oppenheim-Esch keine Aufträge der Stadt Köln mehr erhält." - Das Ermittlungsverfahren gegen den Oberbürgermeister "wegen Untreue" bei der Kölner Staatsanwaltschaft ist ja auch noch nicht abgeschlossen.

Online-Flyer Nr. 70 vom 14.11.2006

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10338>

... - 17.11.2006 um 04:49

Irgendetwas war auch heute in den Nachrichten, dass die Staatsanwaltschaft irgendwelche Wohnungen von Abgeordneten durchsucht hat, das war aber irgendwas mit Steuerhinterziehung, weil die wohl ihre Vergütungen aus den Aufsichtsratsposten nicht vollständig angegeben hatten und dann der Rat der Stadt Köln meinte, er könne das übernehmen.

MAUS - 16.12.2006 um 14:09

[B]Messehallen-Affäre: Rechnungsprüfungsamt wird aktiv [/B]

Köln (NRhZ/DL, 15.12.) Auf der gestrigen Ratssitzung konnte Die Linke.Köln in der Aufklärung der Messehallen-Affäre einen Teilerfolg verbuchen, der von der lokalen Presse allerdings unterschlagen wurde. Das Rechnungsprüfungsamt muss sich nun damit beschäftigen, ob ein Wertgutachten der Messehallen Nord in Auftrag gegeben wird. Erstellen wird es ein unabhängiger Sachverständiger, dessen Firma nicht in Köln ansässig ist. Seine Aufgabe ist es, den tatsächlichen Wert der Hallen zu ermitteln. Neben dem Auftrag zur Erstellung des Wertgutachtens wurden weitere Prüfaufträge aus einem Antrag von Die Linke.Köln und dem Kölner Bürger Bündnis nicht übernommen. Auch hat der Rat das Rechnungsprüfungsamt nicht beauftragt, fehlende Unterlagen auf dem Wege der Amtshilfe von der ermittelnden Staatsanwaltschaft zu beantragen. Die Ratsmehrheit will sich auch nicht mit der Frage beschäftigen, ob vor der Ermittlung der Investitionssumme von 260 Mio. Euro bereits ein wesentlich billigeres Angebot über 180 Mio. Euro vorlag, für das es Anhaltspunkte gibt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken, Claus Ludwig: „Dem Rechnungsprüfungsamt wurde für seine Untersuchung nur Zeit bis zum 31.1.2007 gegeben. Dabei wirklich etwas rauszukriegen, ist sehr schwer. Das wissen auch die vier etablierten Parteien. Statt endlich Licht ins Dunkel zu bringen, werfen Einige weiter Nebelkerzen. Das machen nur „Aufklärer“, die selbst zu tief verstrickt sind.“

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

MAUS - 20.12.2006 um 15:30

[B]Was KStA- und KR-LeserInnen aus der jüngsten Ratssitzung nicht erfuhren
„COLONIA CORRUPTA“ - Teil 2
Von Peter Kleinert [/B]

Zur Aufklärung der Messehallen-Affäre hatte das Kölner Bürger Bündnis einen Antrag vorbereitet, der - gemeinsam mit der Links-Fraktion erheblich geändert und weiter reichend formuliert - vom Stadtrat an den Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) gerichtet werden sollte. Als die seit 2003 in die Affäre verwickelten Parteien merkten, dass da was schief zu laufen drohte, schrieben sie rechtzeitig vor der jüngsten Ratssitzung einen eigenen Alibi-Antrag zum Thema - in dem sie unter anderem das für den Oppenheim-Esch-Fonds unangenehme unabhängige Wertgutachten raus ließen - und brachten diesen natürlich durch. Mit den Stimmen der Linken und des KBB - weil denen für ihren Antrag die Mehrheit verweigert worden war. Was aber machte die Kölner Monopolpresse aus diesem jüngsten Akt des Schauspiels „COLONIA CORRUPTA“?

Zitat aus dem Bericht „Ununtersuchung (!) am Messehallen-Bau“ in der online-Ausgabe des Kölner Stadt-Anzeiger nach der Ratssitzung: „Das Rechnungsprüfungsamt wird den Bau der neuen Nordhallen der Köln-Messe durch den Oppenheim- Esch-Fonds noch einmal einer Prüfung unterziehen. Das haben SPD, CDU, Grüne und FDP im Stadtrat beschlossen. Bis Ende Januar 2007 sollen die Prüfer untersuchen, warum die Stadt Köln das erstplatzierte Angebot bei der Auftragsvergabe nicht berücksichtigte. Außerdem sollen sie klären, ob die im Angebot ausgewiesene Geschossfläche von 76 000 Quadratmetern tatsächlich gebaut wurde und die Mietkonditionen als wirtschaftlich angemessen gelten können...“

[B]Auch Fußtritt der SPD für CDU und Schramma verschwiegen[/B]

Der Bericht unterschlägt, dass der Antrag einstimmig - sogar mit den fünf Stimmen von Pro Köln - beschlossen wurde. Links-Fraktion und KBB hatten ihm - notgedrungen nach dem Motto „Besser als gar nichts!“ - ebenfalls zugestimmt, weil ihr eigener Antrag erwartungsgemäß vorher abgelehnt worden war. Verschwiegen wurde natürlich auch von Stadt-Anzeiger und Rundschau, dass die SPD der CDU noch einen bemerkenswerten Fußtritt verpasste, indem sie Punkt 1 aus dem KBB- und Linksfraktions-Antrag als "Material an den RPA" überweisen ließ, wofür die Sozialdemokraten mit der Linken, Grünen und den Kölner Neonazis stimmten. Dass die SPD damit der CDU und ihrem immer noch in einem staatsanwaltschaftlichen Untersuchungsverfahren befindlichen OB Schramma signalisierte: Noch halten wir uns bei der Aufklärung zurück, aber wir können auch anders und die Forderungen nach echter Aufklärung aufgreifen, war Stadt-Anzeiger- und Rundschau-Redakteuren auch nicht wichtig. Man hätte ja dem KBB und der Linksfraktion immerhin einen kleinen Erfolg beim Versuch der Aufklärung des Skandals bescheinigen müssen.

[B]Und schon gar nichts erfuhren die LeserInnen der Oppenheim-Esch-Fonds-Anteilseigner Neven DuMont vom Wortlaut der Punkte 1 bis 7 aus dem von der Mehrheit abgelehnten Antrag selbst. Drum sollen ihn wenigstens die Kölner NRhZ-LeserInnen kennenlernen:[/B]

[B]Unabhängiger Sachverständiger soll Wertgutachten erstellen![/B]

„1. Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, einen unabhängigen Sachverständigen zu bestellen, dessen Firma nicht in Köln ansässig ist, um ein Wertgutachten der Messehallen Nord zu erarbeiten. Die Verwaltung, die Stadtparkasse KölnBonn und die Kölnmesse werden aufgefordert, alle ihre Unterlagen über den Bau der Messehallen zur Verfügung zu stellen. Der Wert der errichteten Hallen soll gutachterlich ermittelt werden. Für die Bestellung eines unabhängigen Gutachters stellt der Rat entsprechende Mittel zur Verfügung.

2. Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, die Wirtschaftlichkeit des Vertrages zwischen der Stadt Köln, vertreten durch die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln, und der Grundstücksgesellschaft Kölnmesse 15 bis 18 GbR vor dem Hintergrund des tatsächlichen Gebäudewertes zu prüfen. Dabei soll insbesondere die Angemessenheit des Mietzinses in Höhe von anfänglich angeblich mehr als 20 Mio. Euro jährlich über eine Laufzeit von 30 Jahren mit üblicher Indexklausel bewertet werden. Die Gesamtsumme dieser Mietbelastung soll dargestellt werden.

3. Das Rechnungsprüfungsamt soll prüfen, ob die Messehallen eine tatsächliche Bruttogeschossfläche von 76.000 qm oder nur 68.000 qm haben. Dabei ist den Fragen nachzugehen, wie es zu einer eventuellen Flächenreduzierung kam und ob mit ihr eine anteilige Reduzierung des zuvor vertraglich festgelegten Mietzinses einherging.

4. Das Rechnungsprüfungsamt soll zusätzlich die Kosten einer kommunalkreditfinanzierten Investition, vor dem Hintergrund einer Kommunal- bzw. Landesbürgschaft, zu Konditionen des Jahres 2003 (Dezember) in einer Vergleichsrechnung darstellen. Dabei ist von dem tatsächlichen Gebäudewert auszugehen.

[B]„Joker-Exposé“[/B]

5. Das Rechnungsprüfungsamt soll prüfen, ob vor dem, von der Messe in Auftrag gegebenen sogenannten, "Joker"-Exposé, bereits Angebote von Investoren vorlagen. Hier muss folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Wie hoch waren diese Angebote?
- Warum sind sie nicht weiterverfolgt worden?
- Warum wurden sie nicht bei der Ermittlung der späteren Investitionssumme von 260 Mio. mit einbezogen?
- Hatte die Verwaltung Kenntnis von einem Finanzierungsangebot eines großen deutschen Leasingunternehmens, in dem laut Kostenschätzung vom 9.10.03 die Baukosten für die Messehallen mit rund 180 Mio. € beziffert wurden?
- Warum wurde über dieses Angebot nicht weiter verhandelt?

6. Darüber hinaus soll das Rechnungsprüfungsamt vor dem Hintergrund der jährlichen Betriebsüberschüsse der Messe in den letzten 10 Jahren und ihrer geplanten zukünftigen Geschäftsentwicklung einschätzen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass die Stadt den Mietzins aus Haushaltsmitteln begleichen muss, also der Bürgerschaftsfall eintritt.

[B]Kontakt zur Staatsanwaltschaft aufnehmen![/B]

7. Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, mit der Kölner Staatsanwaltschaft Kontakt aufzunehmen und im Wege der Amtshilfe fehlende Unterlagen zu beantragen. Darüber hinaus fordert der Rat der Stadt Köln den Esch/Oppenheim Fonds auf, dem Rechnungsprüfungsamt seine detaillierten Bauunterlagen zur Verfügung zu stellen. Der Oberbürgermeister soll darauf hinwirken, dass der Investor sich an der Aufklärung der Kosten über den Bau der Messehallen konstruktiv beteiligt.

Begründung: Die Bezirksregierung hat im Zusammenhang mit dem von der Stadt in Auftrag gegebenen Wirtschaftlichkeitsgutachten erklärt, das Rechnungsprüfungsamt der Stadt solle die im Gutachten offen gelassenen Fragen als „originären Gegenstand einer Rechnungsprüfung“ klären. Eine solche Klärung ist aber nur möglich, wenn das Rechnungsprüfungsamt die Möglichkeit erhält, ein Wertgutachten der gebauten Messehallen erstellen zu können. Nur mit dieser Referenz kann die Angemessenheit des Mietzinses und die Gesamtwirtschaftlichkeit des abgeschlossenen Vertrages beurteilt werden.“

[B]Der „Mietzins“, von dem die Oppenheim-Esch-Anleger durch ihre Investitionen in die Köln-Messe während der nächsten 30 Jahre profitieren können, wird alle anderen Kölner BürgerInnen mit jeweils 360 Euro belasten.[/B] Deshalb demonstrierte - von der lokalen Monopolpresse unbeachtet -, nachdem die EU-Kommission das Verhalten von Stadtrats-Mehrheit und Verwaltung beim Bau der Messehallen offiziell für rechtswidrig erklärt hatte, die Initiative „BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch“ schon vor einigen Wochen ohne Erfolg durch die Stadt (siehe NRhZ 66).

Bleibt zu hoffen, dass die EU-Kommission den Fall demnächst beim Europäischen Gerichtshof einbringen wird, wenn Kölner Rat, Regierungspräsident und Staatsanwaltschaft ihn nicht lösen wollen. Oder dass das mögliche tägliche „Zwangsgeld“ der Kommission von 126.720,00 Euro OB Schramma, Ratsmehrheit und Verwaltung vorher dazu zwingt. - Vielleicht kommt dabei ja auch raus, welche Kölner vom Messehallen-Mietzins profitieren. In Werner Rügemers Buch „COLONIA CORRUPTA“ kann man das zum Thema KölnArena/Neues Rathaus ja schon länger lesen...

Online-Flyer Nr. 75 vom 19.12.2006

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10436>

... - 7.1.2007 um 02:33

Ich hatte heute ein Treffen mit einigen aus der Kölner Linkspartei und die erzählten, dass sie einigen Ärger bekommen haben, weil sie eben mit den Nazis zusammengearbeitet haben für diesen Antrag.

Weiß ich auch noch nicht so ganz, wie ich das beurteilen soll, aber inhaltlich spricht ja in diesem Punkte zumindest nix gegen eine Zusammenarbeit, denke ich.

MAUS - 24.1.2007 um 13:06

Lokales

[B]Stoiber ging doch angeblich, weil ein Volksaufstand drohte
Und wat passiert in Kölle?

Von Peter Kleinert [/B]

„Heute lässt der Stadtentwicklungsdezernent den Stadtentwicklungsausschuss zum Offenbarungseid antreten. Mit den Stimmen ALLER Parteien wurde im Dezember 2002 der Abbruch des Barmer Viertels im Rat durchgepeitscht“, hieß es in einem Flugblatt der Initiative Barmer Viertel (IBV) am vergangenen Donnerstag vor der Sitzung. In Kölns DuMont-Presse war tags darauf weder ein Wort von den 50 Millionen zu lesen, die die Vertreibung von mehr als 1000 Mietern zugunsten einer aberwitzigen - von der UNESCO gestoppten - Hochhausplanung die Stadtkasse gekostet hat, noch über das Flugblatt selbst, in dem die Miesen den Ausschussmitgliedern vorgerechnet wurden.

„Streit um Planung für Deutz“ - so die Überschrift im Stadt-Anzeiger - hat es zwar gegeben, allerdings nicht um das Barmer Haushaltsloch, sondern: „Baudezernent Bernd Streitberger musste sich in der gestrigen Sitzung des Ratsausschusses für Stadtentwicklung Kritik anhören. Die Vertreter der CDU und der FDP lehnen seinen Vorschlag ab, die von bekannten Planungsbüros erarbeiteten Entwürfe für das ehemalige Barmer Viertel und die Umgebung des Bahnhofs in Deutz von der Verwaltung überarbeiten zu lassen.“ Denn: durch die Streitberger-Planung ließen sich im Barmer Loch „weniger Flächen vermarkten - zum finanziellen Nachteil der Stadt“, kritisierten FDP-Fraktionsvorsitzender Ralph Sterck und Ausschuss-Vorsitzender Karl Jürgen Klipper von der CDU. Über Nachteile für mögliche Investoren wie den Oppenheim-Esch-Fonds wurde demnach - öffentlich - nicht gestritten. Den laut Rundschau von Klipper vorgetragenen Wunsch, statt der vorgesehenen zwei 40 Meter-Hochhäuser „drei Hochhäuser mit einer Höhe von bis zu 60 statt geplanter 40 Meter“ anzubieten, muss man ja nicht gleich in diese Richtung missverstehen.

Kein Wort wurde in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses und in der Köln-Presse über die Familie Rüdiger verloren, die sich laut Barmer Initiative „beharrlich und erfolgreich ihrer Vertreibung, den städtischen Schikanen und dem Druck der Messe widersetzt“. Ihr ist es laut IBV „zu verdanken, dass wenigstens eines der schönen alten Häuser erhalten geblieben ist, und dass der Schandfleck Parkplatz nicht noch größer ist.“ Die Initiative fordert von der Stadt nach wie vor, „die durch den Widerstand der Familie Rüdiger erhaltene Gaststätte „Alte Post“ als Baudenkmal zu erhalten und in die Neubebauung einzugliedern.“ Außerdem regt die Initiative an, der „Familie Anerkennung für die Rettung eines Stückes Heimat auszusprechen.“

„Wegen der fehlenden Millionen aus dem Barmer Abriss droht nun der Stadtbankrott“, heißt es in dem Flugblatt weiter. - Natürlich vertiefen solche „Geschäfte“ das Kölner Haushaltsloch. „Aber Kern der Haushaltsmisere ist“, so Claus Ludwig von der LINKS-Fraktion anlässlich einer Demonstration von „BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch“, „dass die Kommunen die Kosten der sozialen Krise und der Arbeitslosigkeit sowie der bundesweiten Umverteilung zu Gunsten der Besitzenden bewältigen müssen.“

Fakt ist jedenfalls (siehe NRhZ 66), dass allein das jüngste Köln-Messe-„Geschäft“ mit dem Oppenheim-Esch-Fonds die Stadtkasse 360 Millionen Euro kosten wird, wenn der Stadtrat nicht endlich Konsequenzen aus der Rüge der EU-Kommission zieht und die danach rechtswidrigen Verträge kündigt - von den zusätzlich drohenden EU-Zwangsgeldern von täglich 126.720 Euro mal ganz abgesehen.

Um aus dem Stadtbankrott raus zu kommen, hat die Große Koalition aus CDU/SPD/FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der LINKEN ja bekanntlich ausgerechnet den „Sanierer“ Kienbaum angeheuert. Dessen Bericht, so die IBV, sage den Kölnern klipp und klar, mit welchen sozialen Verlusten sie für Fehlentscheidungen wie Falle Barmer Viertel bluten sollen: „Dem Abriss des Barmer Viertels soll nun der Abriss des Sozialen Köln folgen. Und diejenigen, die jetzt am lautesten nach „mehr Markt“ und „mehr Selbstverantwortung“ rufen, verbraten das kommunale Vermögen. Genau wie beim Messeskandal denkt von den für den Abriss Verantwortlichen in Politik und Verwaltung keiner auch nur im Traum daran, sich seiner eigenen Verantwortung zu stellen und für den entstandenen Schaden aufzukommen.“ Vielleicht schafft es ja die LINKS-Fraktion in der nächsten Ratssitzung dazu eine Diskussion in Gang zu bringen. Und vielleicht müssen OB Schramma und sein Streitberger dann doch endlich den Hut nehmen. Am Ende hat ja auch Herr Stoiber eingelenkt, weil ihm in Bayern „ein Volksaufstand bevorstand“. So jedenfalls Angela Böhm von der Münchner Abendzeitung, die am Sonntag im ARD-Presseclub von dessen Diskussionsleiter Peter Voß als „die eigentliche Stoiber-Stürzerin“ vorgestellt wurde.

Online-Flyer Nr. 79 vom 24.01.2007

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10506>

MAUS - 8.2.2007 um 02:34

Aktuelle Meldungen, die Sie in den übl(ich)en Medien eher nicht finden
NRhZ-Online - Neue Rheinische Zeitung

[B]Will Kölns OB Mitwisser im Messe-Skandal los werden? [/B]

Köln (NRhZ/GgS, 7.2.) Zu Berichten, nach denen Kölns OB Fritz Schramma den Kölner Messechef Jochen Witt wegen dessen Kritik an zu hohen Mietzahlungen an den Oppenheim-Esch-Fonds gerügt hat, erklärt Ratsmitglied Claus Ludwig: „Jetzt sind gleich zwei Katzen aus dem Sack: Messechef Witt sagt endlich öffentlich, dass die Geschäftsführung den Bau der Hallen durch Oppenheim-Esch immer abgelehnt hat. Auch die baulichen Mängel, von denen viele Messe-Besucher berichten, sind nun offiziell.“ Es seien, so der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion und Mitglied von Gemeinsam gegen Sozialraub, in einer Pressemitteilung, „ohne Zweifel die mehr als 20 Millionen Euro jährliche Miete an den Oppenheim-Esch-Fonds, die es der Messe unmöglich machen, schwarze Zahlen zu schreiben.“ Und ab spätestens 2012 bezahle dann die Kölner Bevölkerung „die Profite der Oppenheim-Esch-Investoren aus dem Haushalt. Die Verantwortung liegt allein beim OB und den etablierten Parteien.“ Claus Ludwig begrüßt den Vorstoß der Messe, die Miete wegen der baulichen Mängel zu kürzen: „Die Mietkürzung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Konsequenter wäre die entschädigungslose Rückabwicklung des Geschäftes. Das Defizit der Messe würde verringert, der Streit mit der EU-Kommission wäre beigelegt.“ Offenbar wolle OB Schramma Witt „zum Sündenbock“ machen. Ludwig fragt: „Wollen der OB und seine Verbündeten so schnell wie möglich einen Mitwisser des Geschäftes mit Oppenheim-Esch loswerden?“

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

MAUS - 14.3.2007 um 12:28

Lokales

[B]Brief an EU-Kommissar: Rechtswidrige Vergabepaxis in Köln nichts Neues

EU-Kommissar schweigt - noch

Von Peter Kleinert [/B]

Seit einem Monat warten „BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch“ auf eine Antwort des in Brüssel für den Kölner Messeskandal zuständigen irischen Kommissars Charlie McCreevy. Die hatte dieser der Kölner Initiative „nach Prüfung“ des ihm in einem Offenen Brief zugesandten „Anliegens“ zugesagt. Gefordert hatte die Initiative von McCreevy „die Offenlegung aller Verträge und Unterlagen dieses skandalösen Messegeschäfts sowie die Rückabwicklung der rechtswidrigen Verträge – und zwar ohne Gewinnentschädigung des Oppenheim-Esch-Fonds“.

Wie die NRhZ im Oktober 2006 berichtete, hatte die EU-Kommission damals die Rechtswidrigkeit des Neubaus der Kölner Messehallen durch den Oppenheim-Esch-Fonds festgestellt und Konsequenzen angekündigt, weil eine europäische Ausschreibung nicht stattgefunden hatte. Dass die Antwort des Kommissars nun so lange auf sich warten lässt, kann also eigentlich nicht am Messeskandal und den von den „BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch“ geforderten Konsequenzen liegen.

Wahrscheinlich prüft man – so ist zu hoffen – in McCreeny's Kommission für den Binnenmarkt und den Dienstleistungssektor weitere Vorwürfe, die die Initiative in ihrem Brief dem Kölner Oberbürgermeister, einigen seiner Spitzenbeamten und den jeweiligen Mehrheiten im Stadtrat gemacht hat. Die von der EU-Kommission als rechtswidrig erkannte Vergabepaxis bei den Messehallen sei ja „in Köln nicht neu“, heißt es da, und weiter:

„So sind beispielsweise die Aufträge für die KölnArena und das techn. Rathaus, für das Bezirksrathaus Köln-Nippes, für das Dumont Carré und das Coloneum allesamt ohne europaweite Ausschreibung an die Oppenheim-Esch-Gruppe vergeben worden und in den meisten Fällen zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger. Weshalb der Rat sowie die Stadtverwaltung derartige Verträge abschließen und das Risiko hoher EU-Strafen eingehen, muss an anderer Stelle hinterfragt werden!

Als geschädigte Bürger/innen der Stadt Köln kann es nicht in unserem Interesse liegen, hohe Strafzahlungen wegen Verletzung des europäischen Vergaberechts zu zahlen. Ebenso wenig liegt es in unserem Interesse, die völlig überhöhten Mietzahlungen für die neuen Messehallen an den Oppenheim-Esch-Fonds zu zahlen. Denn jüngst bestätigte der Messechef Jochen Witt in der Presse, dass die Verluste aus dem Messebetrieb (resultierend aus den überhöhten Mietzahlungen) bis 2011 noch aus Rücklagen gedeckt werden können, anschließend müsse die Stadt Köln (also wir Steuerzahler/innen) als Mietgarant und Hauptmieter die Miete zahlen.“

Etwas skeptisch, ob ihre Forderung nach Offenlegung und Rückabwicklung der Messeverträge von McCreeny erfüllt werden würde, waren die VerfasserInnen des Offenen Briefes allerdings schon bei dessen Absendung. Sie äußerten nämlich am Ende die Befürchtung, eine von der Kölner Presse angekündigte "Vermittlung" von Gesprächen zwischen dem EU-Kommissar und führenden Kölner Politikern und Beamten „durch den sozialdemokratischen EU-Fraktionsvorsitzenden M. Schulz“ werde nicht zu der von Brüssel zu schaffenden „Transparenz und Aufklärung“, sondern

eher zu einer für die Kölner Bürger nachteiligen „Kompromiss“-Lösung führen.

Der Inhalt ihres Offenen Briefes wird nun durch einen „Ja...aber“-Bericht des Kölner Stadt-Anzeiger vom Freitag indirekt bestätigt. Der dürfte den Vertretern der Stadt Köln möglicherweise durch den Aachener EU-Abgeordneten Schulz vermittelte Gespräche mit dem EU-Kommissar nicht eben leichter machen. Zwar, so behauptet laut Stadt-Anzeiger ein Bericht des Rechnungsprüfungsamts zum Neubau der Messehallen, werfe die Investition für den Oppenheim-Esch-Fonds „keine ungewöhnlich hohe Rendite ab“. Es seien aber andererseits der Messe durch die Beauftragung des Esch-Fonds zusätzliche Kosten in Höhe von 74 Millionen entstanden, „Kosten, die bei den anderen Anbietern womöglich nicht angefallen wären“. Und: „Nach Informationen des Stadt-Anzeiger sollen die Finanzberater (der Stadt) sogar überaus erstaunt gewesen sein, dass der Esch-Fonds den Zuschlag für das Millionengeschäft erhalten hatte. Um ihrem Ruf in der Finanzwelt nicht zu schaden, sollen sie sich sogar geweigert haben, die Absagen an die übrigen Bewerber zu versenden.“

Auch die bislang von OB Schramma und der Verwaltungsspitze in der Kölner Presse immer wieder behauptete Eilbedürftigkeit bei der - falschen - Entscheidung für den Esch-Fonds und gegen die Interessen der Kölner BürgerInnen kann nun sogar laut KStA „in Frage gestellt werden“, was in der NRhZ schon seit Oktober wiederholt getan wurde. Denn: „Aufgrund der angemahnten Eile stimmt der Rat dem Geschäft am 18. Dezember 2003 zu. Um ordnungsgemäß zu prüfen, sei durchaus noch bis zum Mai 2004 Zeit gewesen“, heiße es in einem Messe-Aufsichtsratsprotokoll vom Oktober 2003.

Wenn auch der Offene Brief der „BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch“ an den EU-Kommissar von den Kölner Zeitungen des - als Oppenheim-Esch-Investor durch den Autor Werner Rügemer und die NRhZ bekannt gemachten - Verlegers Alfred Neven DuMont ihren LeserInnen vorenthalten wurde, so können dessen Absender nun wieder ein bißchen Hoffnung haben, dass es der sozialdemokratische EU-Fraktionsvorsitzende Schulz doch nicht schaffen wird, Mr. Charly McCreedy zu einem Kompromiß zu bewegen, der die Kölner SteuerzahlerInnen hunderte Millionen Euro kosten könnte.

„Messe-Bericht lässt Fragen offen“ ist dieser jüngste Bericht des KStA zum Messe-Skandal überschrieben. Wenn seine Autoren nur gewollt oder gedurft hätten, hätten sie durchaus weitere Fragen beantworten können – zum Beispiel mit einem klaren Nein die, ob OB Schramma und sein Kämmerer Soénus weiter im Amt bleiben sollten. Stattdessen verstecken sie sich zu diesem Problem hinter Schrammas Unterstützern im Stadtrat, die ihm ja schon 2003 bei dessen Beschluß zugunsten des Oppenheim-Esch-Fonds unter die Arme gegriffen hatten. SPD-Fraktionschef Martin Börschel wird von ihnen erleichtert mit einem vorweggenommenen Freispruch zitiert: „Ich gehe davon aus, dass die Staatsanwaltschaft auf dieser Grundlage das Ermittlungsverfahren gegen den OB einstellen wird.“ Und FDP-Fraktionsvorsitzender Ulrich Breite kann sich zwar offenbar so was wie eine Gerichtsverhandlung vorstellen, plädiert aber dort als Richter eindrucksvoll mit „Freispruch für den Oberbürgermeister“.

In der NRhZ hingegen hieß die Überschrift eines in Gedichtform vorgetragenen Kommentars von Don Franco schon am 10. Oktober 2006 „Treten Sie zurück Herr Schramma!“

Online-Flyer Nr. 86 vom 14.03.2007

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10635>

... - 15.3.2007 um 02:18

Was für bekloppte Gruppen sind das eigentlich in Köln, die da einen Riesenaufstand machen, weil an der Venloer Straße irgendwo eine Moschee gebaut werden soll???

Tetrarchos - 15.3.2007 um 11:47

Thema Mc Creedy: Wer hat aktuell die EU-Ratspräsidentschaft? Und da soll so ein Abgeordneter seine geldgeile Karriere riskieren, indem er Deutschland/Köln Probleme macht??

Der Moscheebau wird von Spenden einer katholischen Gemeinde unterstützt, wie jetzt in den Medien zu hören war.

MAUS - 15.3.2007 um 13:58

Zitat

Original von Arne Kroger

Was für bekloppte Gruppen sind das eigentlich in Köln, die da einen Riesenaufstand machen, weil an der Venloer

Straße irgendwo eine Moschee gebaut werden soll???

Dat is ProKöln, hier mal Auszüge aus nem älteren NRhZ-Beitrag dazu:

Von Marilena Thanassoula und Carl H. Ewald

"Pro Köln" treibt um in der Stadt. Vor allem gegen den Neubau einer Moschee im Stadtteil Ehrenfeld polemisiert die rechtsextreme Gruppe. Doch nicht nur in dem multikulturellen Stadtviertel ist sie auf Stimmenfang. Mit der angeblichen Schülerzeitung "Objektiv" versucht sie es auch auf Kölner Schulhöfen. ...

Falls Sie die "Bürgerbewegung Pro Köln" und die selbsternannte "größte Schüler- und Jugendzeitung" in Köln, mit dem zynischen Namen "Objektiv" (erste Ausgabe im August 2006), nicht kennen, dann können Sie hier eine kleine, selbstverständlich nicht objektive Vorgeschichte lesen:

"Pro Köln" nennt sich Bürgerbewegung und hegt laut Verfassungsschutzbericht NRW 2005 "rechtsextreme Bestrebungen". Bei der Kommunalwahl 2004 kandidierte die Partei zum ersten Mal und gewann 4,7 %, somit hat sie vier Abgeordnete im Kölner Rat. Ein Vorstandsmitglied, Manfred Rouhs, ist Herausgeber des rechtsextremistischen Magazins "nation24". Das sind die, wo man "lesen, was die Massenmedien verschweigen" und außerdem unverhohlen Lieder von HJ-Chören bestellen kann.

Das Magazin von Manfred Rouhs finanziert mit seiner Anzeige die angebliche "Schülerzeitung". Der Herausgeber von "Objektiv" ist Martin Schöppe; er ist Oberstufenschüler und Pro Köln Bezirksvertreter. Die Druckerei von Bernd Schöppe hat das Heft gedruckt, dieser ist wiederum durch die Zusammenarbeit im Stadtrat sehr befreundet mit Manfred Rouhs. Martin Schöppe, vermutlich der einzige Schüler, der mit "Objektiv" zu tun hat, ist stolz, das Heft unabhängig und marktorientiert, nur anzeigenfinanziert herausgeben zu können. Dies ermöglicht ihm den Traum, "Objektiv" umsonst zu verteilen. Was auch geschah, in Rodenkirchen. Schüler und Lehrer waren empört und äußerten sich gegen die braune Hetze - um es nicht sehr objektiv wiederzugeben.

Ansonsten gab es einige angewiderte, nichtsahnende, aber, wenn wir wieder einmal nicht objektiv sein dürfen, auch nicht gerade nachforschende Geschäftsleute, die nach öffentlicher Empörung ihre Anzeigen zurückgezogen hatten. Aber auch Anzeigen gerichtlicher Art handelte sich das Blatt ein: Die vielleicht kurioseste betraf das Foto einer Blondine mit dem Bildtext "deutsch ist geil", wobei die Schönheit tatsächlich ein tschechisches Modell ist und die "Schülerzeitung" kein Recht hatte, das Foto zu verwenden.

Lieblingsthema von "Pro Köln" und der "Schülerzeitung Objektiv" sind der Bau der angeblichen Großmoschee in Köln-Ehrenfeld. Die letzte Strafanzeige gegen die braune Gruppe stellte Ehrenfelds CDU-Chef Jörg Uckermann: Nachdem der Bezirkspolitiker noch im Frühjahr verbreiten ließ, dass angeblich "80% der Ehrenfelder gegen den Moscheebau" seien, zeigte er nun unlängst "Pro Köln" wegen Volksverhetzung an. Die rechtsextreme Gruppe hatte in ihren Veröffentlichungen einen der mutmaßlichen Bombenattentäter aus dem Libanon mit der türkischen DITIP-Gemeinde in Zusammenhang gebracht.

Der Ehrenfelder CDU-Politiker erschien uns deshalb als Quelle doch ein wenig zu widersprüchlich (hier weitere Hintergründe), und so unterhielt sich Carl Ewald mit Josef Wirges, Bezirksvorsteher der SPD im Kölner Stadtteil. ...

Das ganze Interview im Original-Ton. (Mp3 - 7,7Mb) kann auf der Seite runtergeladen werden
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10170>

... - 16.3.2007 um 03:03

Jau, thx für die Infos!

MAUS - 30.3.2007 um 15:11

Lokales

[B]Fazit der BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch und der Links-Fraktion:

„...dass es zum Himmel stinkt“

Von Hans-Jürgen Kleine [B]

Wieder einmal haben es Schramma und Co. geschafft und sich zumindest vorläufig weiter über die Runden gerettet! Geht es nach dem Artikel Peter Bergers und Detlef Schmalenbergs im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 10./11.03. 2007, scheint die Stadt in Sachen Messeaffäre "entlastet".

Nach dem Ergebnis des Wirtschaftlichkeitsgutachtens vom Herbst 2006, das keines war, weil es zahlreiche Faktoren des Messebaus nicht in seine Recherche einbezog, werden nun auch von jener Stelle der Stadt Köln, die immerhin vom papiernen Anspruch her über Sinn oder Unsinn der Geldausgaben der Kommune wachen soll, die Jahresmiete von 20,7 Mio Euro für die Nordhallen und die Entscheidung von Rat und Verwaltung für das Investorenmodell des Oppenheim-Esch-Fonds für "angemessen" erklärt.

Wozu sollten sich kritische BürgerInnen also immer noch aufregen? Es ist ja - mit einigen Abstrichen - nach Aussagen der Artikelschreiber und führender Ratspolitiker alles im Rahmen des Erlaubten geblieben, ein nennenswerter finanzieller Schaden durch eine gravierende Fehlentscheidung der Stadt und ihren BewohnerInnen nicht entstanden.

Wenn die amtlichen Kassenprüfer der Gemeinde, wenn auch spät, so urteilen, wird man wohl kaum noch den Oberbürgermeister und seine engsten Mitarbeiter der Korruption verdächtigen können. Geschweige denn heimlich mutmaßen, dass führende Kräfte der Kölner Politik im Dezember 2003, als der Auftrag für den Bau durch Ratsbeschluss vergeben wurde, je ein anderes Motiv besessen haben könnten, als allein ihrer inneren Stimme zu folgen. Ganz so, wie es die Verfassung vorschreibt.

Bei genauem Hinsehen kommt man über das jüngste offizielle Prüfungsergebnis zu einem anderen Urteil: Der Bericht des RPA stellt nämlich inhaltlich an mehreren Stellen gravierende Mängel fest. So gravierend, dass es ebenso möglich ist, aus dem Ergebnis das Gegenteil dessen herauszulesen, was beispielsweise SPD-Aufsteiger und Doppelmandatsträger Martin Börschel als Wink an die Staatsanwaltschaft sieht, Schramma nun endlich von jedem Verdacht auf Untreue freizusprechen:

- Es bleibt offen, warum die Stadt bei der Bezirksregierung als kommunalrechtlicher Aufsichtsbehörde keine Genehmigung für die Mietausfallbürgschaft beantragt hat
- Es bleibt ein Rätsel, wieso das günstigere Angebot der Fa. Babcock & Braun nicht den Zuschlag erhalten hat
- Ungeklärt schwebt im Raum, weshalb das Angebot von Oppenheim Esch in der Rangfolge die laut Messechef Witt letzte bzw. vorletzte Stelle einnahm und dennoch dieser Investor als Gewinner aus dem Ranking hervorging
- Unklar ist weiterhin, warum nur mit Oppenheim-Esch nachverhandelt wurde
- Warum es im Vorfeld "erhebliche" Streitigkeiten um die Ausstellungsflächen gab, kann immer noch nicht geklärt werden (Oppenheim-Esch lagen mit ihrem Angebot um 20.000 qm Fläche unter dem Ansatz der Messe GmbH, was der Messe zusätzliche Kosten von 25 Mio Euro für die Eigeninvestition des Nordeingangs und von 59 Mio Euro zusätzlich für das Konferenzzentrum bescherte, allesamt Kosten, die bei anderen Anbietern nicht angefallen wären!)
- Keine Antwort wird schließlich auf die Frage gegeben, warum im Grundbuch kein Rückkaufrecht für die Stadt bezgl. der Messehallen eingetragen wurde und (entgegen dem Ratsbeschluss) der Investor Oppenheim-Esch nicht für die Beseitigung der Altlasten auf dem Bebauungsgelände aufkommen musste
- Zuguterletzt bleibt ebenso unklar, wieso bezüglich der Einzelheiten des Vertrags mit dem "Fonds" auch hier die Bezirksregierung vorschriftswidrig nicht informiert wurde und die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung öffentlich von einer Entscheidung unter Zeitdruck reden, obwohl der Messe-Aufsichtsrat die Prüffrist erst für den Mai 2004 abgelaufen sah.

Wenn nun sogar noch in der Presse davon gesprochen wird, dass die Finanzberater damals überaus erstaunt über den Vertragsabschluss mit dem Oppenheim-Esch-Fonds gewesen seien, bleibt nur das Fazit: Die Sache ist so faul, dass es zum Himmel stinkt!

Wir 'BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch' werden nicht nachlassen, hier weiter zu bohren, bis keine Frage offen bleibt. Wir wollen wissen, was die Verantwortlichen, die heute noch das Sagen in der Bürgervertretung haben und ständig den Sparzwang der Kommune beschwören, wirklich bewogen hat, Millionen Euro per sorglosem Handheben und Unterschrift unter den Messevertrag in die Taschen Superreicher zu transferieren, während sie keine Skrupel haben, gleichzeitig Kinderhorte zu schließen und Hartz IV-Betroffene aus ihren Wohnungen zu treiben.

Wir werden weiter daran arbeiten, so großen öffentlichen Druck aufzubauen, bis die Stadt Köln den Oppenheim-Esch-Fonds auf die Liste derjenigen Unternehmen gesetzt hat, die keinen öffentlichen Auftrag in dieser Stadt mehr zugesprochen bekommen und die Messeverträge annulliert worden sind, ohne die öffentlichen Kassen auch nur mit einem Cent zu belasten.

Anmerkung der Rektion: Auch nach Meinung der Links-Fraktion im Stadtrat ist im Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses „wichtigen Fragen nicht nachgegangen worden“. Sie hat deshalb zwölf Fragen an die

Verwaltung gestellt, die aber ihrer Auffassung nach zwar schriftlich aber unbefriedigend beantwortet worden sind. Besonders zwei Prüfaufträge sieht die Fraktion „nicht bearbeitet“. Zum einen sei die tatsächliche Nutzfläche „nicht nachgewiesen“. Anstatt den Bau noch einmal unabhängig ausmessen zu lassen, habe „das Rechnungsprüfungsamt die Fläche aufgrund der Zahlen im Bauplan summiert“. Zum anderen scheinen der Links-Fraktion die Angebote der Mitbewerber - wie in der Ausschreibung vorgesehen - den Bau eines Gästezentrums zu beinhalten, das von Oppenheim-Esch aber nicht.

Der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen erklärt dazu: „Bei so vielen offenen Fragen ist der Prüfauftrag noch nicht vollständig bearbeitet. Helles Licht in das Dunkel kann aber nur ein Wertgutachten bringen, ein Auftrag, der dem Ausschuss vorliegt. Solange SPD und Grüne da aber nicht ran wollen, müssen wir uns weiter durch das Labyrinth fehlender Informationen kämpfen.“

Online-Flyer Nr. 88 vom 28.03.2007

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10673>

MAUS - 12.4.2007 um 11:32

Lokales

[B]Ratsmitglied Claus Ludwig zur Einstellung der Ermittlungen gegen OB Schramma:

„Die entscheidenden Fragen nicht geprüft“

Von Peter Kleinert [/B]

„Hatte Köln überhaupt eine Messeaffäre?“ fragte der Kommentator des Kölner Stadt-Anzeiger vergangenen Freitag, nachdem die Staatsanwaltschaft die Einstellung ihrer Ermittlungen gegen den Oberbürgermeister bekannt gegeben hatte. „Hierzu wird es keine schlüssige Antwort geben“, beantwortete „die führende Tageszeitung im Großraum Köln“ die selbst gestellt Frage. Deshalb hier ein Interview mit Claus Ludwig. Er ist Ratsmitglied für das linke Bündnis "Gemeinsam gegen Sozialraub" und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.KÖLN im Stadtrat.

Peter Kleinert: [I]Die Ermittlungen gegen Oberbürgermeister Schramma wegen des Verdachts der Untreue im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Messehallen sind eingestellt worden. Der Kölner Stadt-Anzeiger hat diese Entscheidung durch Sprecher von vier Fraktionen im Stadtrat kommentieren lassen, aber durch DIE LINKE nicht. Also tun wir das jetzt. Ist das bei der Kölner DuMont-Presse eigentlich üblich? Passiert Ihnen so etwas öfter?[/I]

Claus Ludwig: Das passiert nicht immer, aber oft. Gerade wenn wir als Einzige oppositionelle Ideen vertreten, tauchen wir nicht in den DuMont-Zeitungen auf. Ich möchte allerdings nicht die Ungerechtigkeit der Welt beklagen, sondern darauf hinweisen, dass die Linke und die sozialen Bewegungen in dieser Stadt offensiver und frecher werden müssen, um Situationen zu erzwingen, in denen wir nicht ignoriert werden können.

[I]Laut Staatsanwaltschaft hat es keine zureichenden Anhaltspunkte dafür gegeben, dass die Stadtspitze um OB Schramma den Oppenheim-Esch-Fonds bei der Vergabe des Bauprojekts begünstigt hat. Und wenn man Schrammas Verteidiger Norbert Gatzweiler glauben darf, ist die Staatsanwaltschaft „mit großer Sorgfalt allen erhobenen Vorwürfen bis ins Detail nachgegangen“. Sehen Sie das auch so? [/I]

Keineswegs. Alle untersuchenden Institutionen, Bezirksregierung, Wirtschaftsprüfer, Rechnungsprüfungsamt (RPA) und jetzt die Staatsanwaltschaft, haben die entscheidenden Fragen eben nicht geprüft - und dies auch selbst zugegeben. Das RPA hat den OB entlastende Schlussfolgerungen gezogen und diese medial verbreitet, aber selbst in diesem - freundlich ausgedrückt - wohlwollenden Bericht steht, dass eben nicht abschließend geprüft werden konnte, ob das günstigste Angebot ausgewählt wurde oder Kommunalkredite besser gewesen wären. Aus dem RPA-Bericht wird auch deutlich, dass die Konkurrenten von Oppenheim-Esch nur wenige Tage Zeit hatten, ein Angebot vorzulegen und dass mit ihnen weder vor- noch nachverhandelt wurde. Sparkasse und Oppenheim-Esch hingegen hatten seit dem Spätsommer immer wieder neue Angebote vorgelegt und diese Schritt für Schritt anpassen können. Das RPA kann nicht einmal aufklären, wie es zu dem Ranking gekommen ist, bei dem Oppenheim-Esch auf den 2. Platz gelangte, und vor allem nicht, wer für dieses Ranking verantwortlich zeichnet.

Die Staatsanwaltschaft stützt die Einstellung des Verfahrens auf die Feststellung, es hätten sich „keine zureichenden Anhaltspunkte dafür ergeben, dass vorsätzlich eine gegenüber der Stadt Köln bestehende Vermögensbetreuungspflicht verletzt und dieser dadurch ein Schaden zugefügt wurde“. Doch um "vorsätzliche Schädigung" ging es im Kern nicht. Es mag ja durchaus sein, dass der Oberbürgermeister dachte, er würde einen genialen Schachzug vornehmen und zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, RTL in Köln halten und die Messe modernisieren. Das ändert jedoch nichts an der schlichten Tatsache, dass Köln zu teure privatisierte Messehallen bekommen hat, die durch die Einkünfte der Messe nicht bezahlt werden können, und dass somit die Bürgerinnen und Bürger die Profite der Oppenheim-Esch-Investoren

bezahlen.

[I]Die Staatsanwaltschaft begründet die Einstellung weiter damit, dass zwar das Angebot des Oppenheim-Esch-Fonds im Bezug auf den Barwert nur auf Platz 2 gelegen, habe, dass Oppenheim-Esch aber sämtliche Baurisiken, darunter auch eine unerwartete mögliche Erhöhung der Baukosten, übernommen hätte. Diese Offerte habe der Stadt also letztlich weniger finanzielle Risiken gebracht. [/I]

Wenn ich genau weiß, wie viel ich für eine Sache zu viel bezahle, kann ich natürlich behaupten, ich hätte "weniger finanzielle Risiken". Das wäre aber ein bisschen so, als würde ich mich absichtlich mit einem Grippevirus infizieren, um zu behaupten, ich hätte so das Risiko einer Erkältung vermieden. Wenn die Stadt die Messe jährlich mit 27,5 Millionen subventionieren muss, um allein die Miete zu bezahlen, ist das natürlich ein großes Risiko. Auch stimmt es nicht, dass die Investoren alle Risiken übernehmen. Die Finanzierung ist hochriskant. Kommt es zu stärkeren inflationären Entwicklungen, wird die vereinbarte Mietanpassung für die Stadt zu einem Desaster. In Bezug auf den Bau haben die Investoren die Verantwortung für "Dach und Fach" übernommen, für die tragenden Teile. Alle anderen Mängel, Schäden und die Instandhaltung sind vom Mieter zu beseitigen. Die ersten Auseinandersetzungen um Baumängel haben schon begonnen.

[I]Als weiteren Grund führt die Staatsanwaltschaft die Komplexität des Bauvorhabens und einen erheblichen Zeitdruck durch RTL an, warum der OB die Verwaltung nur mit Oppenheim-Esch als Investor verhandeln ließ und dass es auch keine Anhaltspunkte für persönliche Bereicherungen bei der Stadtspitze gebe. [/I]

Das Zeitdruck-Märchen ist doch längst vom Tisch. Experten der Messe haben es für unproblematisch gehalten, erst im Lauf des Jahres 2004 den Auftrag für den Hallenneubau zu vergeben und haben mehr Zeit für den Vergleich verschiedener Angebote für kaufmännisch geboten gehalten. Allerdings existierte echter Zeitdruck für die Investoren des Oppenheim-Esch-Fonds. Wäre das Geschäft nicht in 2003 abgeschlossen worden, hätten sie ihre Investitionen nicht mehr Steuer mindernd geltend machen können.

Ob sich Vertreter der Stadtspitze persönlich bereichert haben, ist für die Bewertung des Messe-Geschäfts nicht relevant. Natürlich gibt es noch die klassische Bakschisch-Korruption, Geldkoffer als direkte Gegenleistung für Bevorzugung durch Beamte und Politiker. Doch der heutige Kapitalismus funktioniert anders. Politiker, die Führung öffentlicher Unternehmen, hohe Beamte sind beruflich und oft auch privat mit den Repräsentanten des lokalen Kapitals verbunden. Sie vertreten dieselbe Ideologie der Privatisierung und des Abbaus öffentlicher Dienstleistungen. Die Abwesenheit einer starken Opposition, relative Ruhe bei den sozialen Bewegungen und eine dem Establishment verbundene Presse begünstigen diese Klüngel-Biotope. Geldgaben mögen dies manchmal unterstützen, aber entscheidend ist die organische Verbindung von Politik und Kapital in der neoliberalen Plünderungs-Marktwirtschaft.

[I]CDU-Chef Walter Reinarz fordert aufgrund der Entscheidung der Staatsanwaltschaft öffentliche Entschuldigungen derjenigen, „die mit ihren Vorwürfen das Image des Oberbürgermeisters, der Stadt und des Bauprojektes beschädigt haben“. Werden Sie sich entschuldigen? [/I]

Nicht die Verursacher der Probleme sind also verantwortlich, sondern diejenigen, die Probleme offen legen und diskutieren? Solche vordemokratisch-monarchistischen Sprüche sollte sich die CDU verkneifen. Wenn das Messe-Geschäft so gelungen ist, warum hat Schramma nicht schon im Sommer 2005 alle Fakten auf den Tisch gelegt und bewiesen, wie toll er ist? Politiker sind doch sonst nicht so bescheiden. Stattdessen wurden Anfragen nur unzureichend beantwortet und Unterlagen der Öffentlichkeit vorenthalten. Der OB hat sich, sein Amt und die Stadt selbst beschädigt. Es gibt nichts, wofür wir uns entschuldigen müssen. Im Gegenteil, wir werden weiterbohren und die Untersuchungen der offiziellen Institutionen mit einem eigenen Bericht ergänzen.

[I]Sind Sie der Auffassung, dass die Staatsanwaltschaft hätte Anklage erheben müssen – und wenn ja -, warum, denken Sie, hat sie das nicht getan? Und sehen Sie eine Möglichkeit, Ihrerseits etwas zu unternehmen, damit noch einmal und objektiver ermittelt wird? Wenn nein: Was empfehlen Sie den Kölner Bürgern angesichts dieser Einigkeit von Stadtspitze/OB, Regierungspräsident als Kontrollbehörde und Justiz? [/I]

Ich kann nicht sagen, dass die Staatsanwaltschaft Anklage hätte erheben müssen. Es ist nicht die Aufgabe der linken Opposition, nach juristischen Lösungen zu rufen. Rein gesetzlich war es sogar zulässig, was Lothar Ruschmeier gemacht hat, der nach seiner Pensionierung als Oberstadtdirektor direkt zum Oppenheim-Esch-Fonds gewechselt ist, nachdem er diesem das Geschäft mit der Köln-Arena und dem Technischen Rathaus ermöglicht hat. Juristisch war das keine Korruption, politisch und moralisch jedoch ohne jeden Zweifel. Nach meinem Verständnis reichen allein der Brief von Sparkassen-Chef Schröder an Schramma, in dem er fordert, die Stadtspitze müsse die SK und Oppenheim-Esch bei der Auftragsvergabe unterstützen und die positive Reaktion von Schramma darauf, um den Vorwurf der Untreue politisch und moralisch zu belegen.

Die offiziellen Institutionen haben die Messe-Affäre nicht aufgeklärt, sondern nur ansatzweise Licht ins Dunkel gebracht. Das war zu erwarten. Eine wirklich unabhängige Untersuchung des Messe-Geschäftes, "von unten", durch normale Bürgerinnen und Bürger ist nötig. Die Berichte in der Presse enthalten durchaus interessante Fakten, aber selten zusammenhängende Darstellungen. Viele Kölnerinnen und Kölner wissen zwar allgemein, dass mal wieder geklüngelt wurde, haben aber nicht im Detail verfolgt, wer die Verlierer und Gewinner dieses Geschäftes sind. Der Zusammenhang mit Privatisierung ist vielen nicht klar. Ich sehe die Aufgabe der Linken und von Initiativen wie "Bürgerinnen und Bürger gegen Oppenheim-Esch" darin, diese Zusammenhänge darzustellen und zu popularisieren.

[I]Im Raum stehen ja noch die Vorwürfe der Europäischen Kommission, von der man schon reichlich lange nichts mehr zu der von ihr erkannten rechtswidrigen Vergabepraxis gehört hat. Müssen wir nun befürchten, dass auch die sich nun - ähnlich wie die Staatsanwaltschaft - am Ende auf den Standpunkt stellen wird, dass die Messehallen doch nicht europaweit hätten ausgeschrieben werden müssen? [/I]

Auch und gerade in der EU-Kommission sitzen keine Kritiker solcher Privatisierungs-Geschäfte. Politisch ist man sich eigentlich einig. Bisher haben Bezirksregierung, Landesregierung, RPA und Bundesregierung signalisiert, dass sie den OB stützen wollen. Kölner SPD und Grüne scheinen bis zur Ratssitzung im Mai weiter sticheln zu wollen, um den OB zu schwächen. Es ist aber unwahrscheinlich, dass sie noch einmal in die Offensive gehen, schließlich hängen auch sie mit drin und wollen die Affäre irgendwann begraben. Diese Signale aller bürgerlichen Institutionen und Parteien könnten die EU-Kommission dahin bringen, es bei Ermahnungen zu belassen oder einen Kompromiss vorbereiten. Ob es konkurrierende Interessen in der EU-Kommission gibt, denen ein Hochkochen der Affäre in Köln ganz lieb wäre, weiß ich allerdings nicht.

[I]Letzte Frage, womit wir wieder beim Stadt-Anzeiger wären: Dort heißt es in einem Kommentar über den „tief verletzten“ Oberbürgermeister, dass der Zeitdruck, auf den sich ja auch die Staatsanwaltschaft entschuldigend beruft, „hausgemacht“ gewesen sein könne, weil nämlich „Messechef Jochen Witt dem TV-Sender RTL die alten Rheinhallen zu einem Zeitpunkt auf dem Silbertablett serviert hat, als die damalige Stadtparkasse Köln noch über einen anderen Standort verhandelte“. Warum hackt der KStA-Komentator Ihrer Meinung nach hier zum wiederholten Mal auf Jochen Witt rum, der wohl deshalb inzwischen die Brocken hinschmeißen will? Weil der sich seinerzeit gegen Oppenheim-Esch als Investor ausgesprochen hatte? Und was sagt Ihnen das? [/I]

Auf Herrn Witt hackt nicht nur Stadtanzeiger herum, auch die Politiker der etablierten Ratsparteien reden sich richtig in Rage, wenn sein Name fällt. Er ist offensichtlich zum Sündenbock für die Messe-Verluste auserkoren worden. Ich will hier keinen Helden aus ihm machen, aber er hat einige einfache Wahrheiten gesagt. Er und andere Vertreter der Messe waren damals anscheinend nicht bereit, beim großen Interessen-Karussell mitzumachen und die Finanzen der Messe zu riskieren, damit RTL günstig die alten Rheinhallen bekommt und die Interessen der SK und die des gescheiterten Coloneum-Fonds bedient werden. Er hatte die einfache Idee, die alten Hallen zu verkaufen und den Erlös als Sockel für die Finanzierung der neuen Hallen zu nutzen. Die Oppenheim-Esch-Variante haben sich die Messe-Vertreter wohl aufschwätzen lassen, weil ihnen deutlich gemacht wurde, dass das der einzige Weg sei, neue Hallen zu bekommen. Jetzt werden die Probleme deutlich, die Messe macht bis 2011 40 Millionen Miese, die Stadt zahlt dafür, und mit Witt wird der Überbringer der schlechten Nachrichten öffentlich zum verbalen Abschluss freigegeben.

Online-Flyer Nr. 90 vom 11.04.2007

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10732>
